

CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Münster-Südost

Stadt Münster
Bezirksverwaltung Südost
Am Steintor 50
48167 Münster



Münster, den 21. März 2009

Rahmenplan Gremmendorf und Angelmodde-West

Antrag:

Die Bezirksvertretung Südost beantragt die Aufstellung eines **Rahmenplanes** für die künftige Entwicklung der Stadtteile, der die möglichen Entwicklungen und planerischen Erfordernisse für Gremmendorf und Angelmodde-West erfasst, wie sie sich durch den angekündigten Abzug des Britischen Militärs aus diesem Teil der Stadt ergeben.

Ein solcher Rahmenplan sollte neben der **Darstellung der derzeitigen Gegebenheiten** die **Perspektiven und Chancen sowie infrastrukturellen Erfordernisse**, die planerischen Notwendigkeiten und erste Ansätze zur integrierten Gesamtentwicklung des Stadtteils aufzeichnen. Das gilt auch für die Auswirkungen auf die Bedarfsplanung u. a. im Kindergarten- und Schulbereich ebenso wie für sich ändernde Anforderungen im Bereich der Nahversorgung.

Die Bezirksvertretung geht davon aus, dass mit einer **rechtzeitigen Vorbereitung** einem behutsamen Wandel dieses großen und bedeutenden Bestandes der Weg geebnet werden muss und die Planungen wie die Änderungen des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung qualifizierter Bebauungspläne **bis zum Sommer 2014**, also im Laufe der im Herbst beginnenden Rats- und BV-Periode, zum Abschluss gebracht werden sollen.

Begründung:

Nach allen Auskünften, die uns vorliegen, planen die Briten einen Abzug in den kommenden Jahren. Auch wenn niemand sie gerne weichen sieht, müssen sich der Ortsteil und seine Bevölkerung, muss sich die Stadt rechtzeitig auf den dadurch eintretenden tief greifenden Wandel einstellen. Der Zeithorizont ist nicht groß, gleichgültig welche der in Umlauf befindlichen Jahreszahlen zum Tragen kommt, sei es 2012, 2014 oder - wie auch schon mal angeklungen - 2016. Denn auch eine gereifte Planung und verabschiedete Bebauungspläne bedürfen dann ggf. zu ihrer Umsetzung noch eines angemessenen Zeitrahmens.

Jeder weiß, dass heute ein Zeitraum von fünf Jahren eher das Minimum für rechtzeitige planerische Vorsorge in einer Größenordnung ist, wie sie hier ansteht. Ein **Rahmenplan** würde

Zielrichtungen erkennbar werden lassen für eine geordnete Entwicklung, deren Einzelheiten auf dieser Basis flexibel und zeitgemäß zu präzisieren sein werden.

Allein das Kasernengelände am Albersloher Weg, die eigentliche **Konversionsfläche** umfasst rund 50 Hektar. Dazu gehören allerdings erhebliche Frei- und Grünflächen, deren Erhalt sich aus heutiger Sicht anbietet, wenn erst einmal die bebauten Flächen umgenutzt werden. Der Rahmenplan könnte auch erste Ansätze für die Frage einer Verdichtung der bestehenden Bauten aufzeigen, wie sie in Coerde ebenso wie an der Steinfurter Straße erfolgt sind, als dort die militärische Belegung endete. Auch die Vorfragen eines (oder mehrerer?) städtebaulicher Wettbewerbe wären in diesem Zusammenhang anzusprechen und zur politischen Entscheidung vorzubereiten.

Ein derart gravierender Wandel bringt zwingend auch eine **Aktualisierung der Bedarfsplanung** in sehr vielfältigen Bereichen mit sich. Es kommt eine deutliche Vermehrung der Einwohnerzahl zum Tragen, die sich in der Kindergarten-Bedarfsplanung ebenso auswirken wird wie im Bereich der Schulbedarfsplanung.

Neben der Konversionsfläche geht es um die künftige Nutzung bzw. Belegung des erheblichen Wohnungsbestandes, der im Eigentum des Bundes steht und mit dem Abzug der Briten - die aus historischen Gründen übrigens derzeit nicht in die Einwohnerzahl eingerechnet sind - für den allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen. Es handelt sich um rund **400 Wohnungen an verschiedene Standorten**, die große Zone von einfachen Bauten südlich und südöstlich der Kasernen auf beiden Seiten des Albersloher Weges, eine noch in den letzten Jahren errichtete neue Häusergruppe im Delstrup (Ersatzbauten für Gievenbeck) und eine überschaubare Siedlung im Bereich Lindberghweg/Haus Lütkenbeck.

Ein Rahmenplan sollte neben den planerischen Festsetzungen (Bebauungspläne) auch Perspektiven der Hilfe bei der **schrittweisen Privatisierung und Modernisierung** aufzeigen, wie sie zumindest für erhebliche Teile der Anlagen wohl unvermeidbar, jedenfalls aber wünschenswert sind. Die **Stadt** mag dabei auch prüfen, inwieweit sie oder geeignete Tochtergesellschaften im Durchgangserwerb dabei behilflich sein könne, hier ein gesundes Wachstum und eine soziale Integration ebenso zu fördern wie z. B. besondere Hilfen für Familien mit Kindern zu vermitteln.

Auch **Fragen der Nahversorgung** werden durch die erhebliche Zunahme der Wohnbevölkerung unmittelbar berührt, wie sie aus einem solchen Wandel zu erwarten ist. Die heutige Ladenzeile auf der Ostseite des Albersloher Weges in Gremmendorf ist von dem Wandel auf der Westseite naturgemäß betroffen. Und die Frage der Ergänzung dieser Nahversorgungszeile durch Nutzung, Umnutzung von Bauten oder Neubauten auf der Westseite werden eine planerische Antwort finden müssen.

Ebenso sind Auswirkungen auf die **Verkehrsentwicklung** vorbereitend im Rahmenplan ebenso zu erfassen wie ggf. auf die Verkehrsplanung des Straßenzuges Albersloher Weg. Dabei steht im Vordergrund die Frage der Anbindung des bisherigen Kasernengeländes bei veränderter Nutzung. Das löst nicht nur Fragen zum Bereich der bisherigen Kasernenzufahrten aus sondern auch die der Neugestaltung des Abzweigs Gremmendorfer Weg bzw. einer klaren Kreuzung an dieser Stelle.

Der Rahmenplan mag auch - nach vorbereitenden Gesprächen mit dem Bund als Eigentümer und den Briten als derzeitigen Nutzungsberechtigten - Perspektiven einer Vorabauslösung von nicht mehr belegten Wohnungsbeständen aufzeigen, damit nicht am Ende der Entwicklung „alles auf einmal“ - auch am Markt - zu verarbeiten ist. Eine behutsame Umwandlung würde durch **schrittweises Vorgehen ab dem Jahre 2010** erheblich erleichtert und darüber hinaus **Vertrauen aufbauen**, dass nicht durch ein „Verhöckern en bloc“ unerwünschte soziale und nachbarschaftliche Effekte zu befürchten sind.

Für die CDU-Fraktion:

gez. Dr. Heinrich Hoffschulte